Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Chr. Herrman's Buchhandl., Jager's Buchhandl. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Neothaer, Jacob Türkheim. — Hannover: Carl Schüssler. — Jena: Costenoble's Buchhandl. —

Mainz: D. Franz. — Breslau: Bernhard Gerber. — München: C. Kaczowski. — Würzburg: Stahel's Buchh. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Russland, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Für Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8.

Nr. 61. **Berlin, Freitag den 28. Februar 1879.** **18. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen,** sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstr. 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honoraranspräche erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Für den Monat **März** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **Mk. 2. 50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 19, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Mit dem 1. März wird im Feuilleton der Abdruck des neuesten Romans von Rud. Gottschall: **„Das goldene Kalb"** beginnen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 28. Februar.

Die „N. L. C." greift die Herren Tiedemann und v. Bötticher an, weil sie leugnen, daß Zölle auf Lebensmittel „Jedem ohne Ausnahme, auch dem Aermsten, den Brodkorb höher hängen." Von diesem „Jeden ohne Ausnahme" würden also auch nicht die mehr als 20 Millionen bei der Landwirthschaft Beschäftigten ausgenommen sein, für welche, wenn sie überhaupt noch einen Brodkorb behalten sollen, es absolut nothwendig ist, daß der bisherige Zustand aufhöre, nach welchem der ausländische steuerfreie Importeur landwirthschaftlicher Produkte durch eine hohe Besteuerung der deutschen Landwirthe gegen deren Konkurrenz geschützt wird. Die Behauptung, daß der fremde Getreideimport nur 5 pCt. Handelsgewinn abwerfe, zeugt von gänzlicher Unwissenheit über die wirkliche Lage der Dinge. Der Vortheil der Getreideeinfuhr vertheilt sich auf drei Stadien. Das uns zunächst liegende ist dasjenige des einheimischen Kaufmanns, und es mag ja sein, daß dieser sich mit 5 pCt. abfinden läßt, obwohl wir unsere Zweifel hieran nicht unterdrücken können. Das zweite Stadium wird durch den russischen Kaufmann repräsentirt, welchem allerdings der Hauptgewinn zufallen wird. Das dritte Stadium ist der russische Aufkäufer, welchem der russische Produzent sein Getreide gewöhnlich schon auf dem Halm um jeden Preis überlassen muß, wenn er überhaupt Geld haben will. Wird ein Zoll auf das Getreide gelegt, so zieht der deutsche Kaufmann den Betrag desselben dem russischen Kaufmann ab und dieser kann einen solchen Abzug zehnmal vertragen, ohne ein anderes als ein gutes Geschäft zu machen, wird aber wahrscheinlich seinen Zollverlust zum einmaligen oder mehrfachen Betrage seinem Abgeber, resp. dem Produzenten an der Wolga, am Don oder am oberen Dniepr anrechnen, der, wie gesagt, schon auf dem Halm sein Getreide zu verkaufen oder zu verpfänden gezwungen ist. Wir glauben, daß die Herren Tiedemann und v. Bötticher, wenn sie von 100 Prozent reden, noch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, wenn man einfach den deutschen Marktpreis und den Einkaufspreis an der Wolga gegenüberstellt unter Addition der wirklichen Transportkosten vom inneren Rußland bis zum deutschen Markt.

Daß Königsberg und Danzig erhebliche Geschäfte in russischem und polnischem Korn machen, Stettin ebenso in ungarischem und rumänischem, ist gewiß richtig. Ebenso wird zugegeben werden müssen, daß die Eisenbahn-Aktionaire aus dem Transport dieses Korns Gewinn ziehen. Es fragt sich nur, wie sich zu diesem Gewinn der jedenfalls mäßigen Kopfzahl der Danziger und Stettiner Kornhändler einschließlich der Eisenbahnaktionaire, das Schicksal der 10 Millionen Landwirthe verhält, welche das Hinterland dieser deutschen Städte bewohnen und welche man großmüthig mit dem Almosen bedenkt, daß ihr Produkt gelegentlich zur Mischung und Ausbesserung des russischen verwandt wird. Die Seestädte sollten bedenken, daß ihre Bedeutung auf dem deutschen Hinterlande beruht, und wenn sie als internationale Handelsplätze die Beziehung zu demselben verlieren und sich wesentlich als Handelsplätze des Auslandes entwickeln, so werden sie die Folgen der Gesetzgebung tragen müssen, welche die inländische Majorität votiren wird, sobald der deutsche Wähler zu dem Bewußtsein kommt, daß das heutige System dem Auslande vortheilhafter ist, wie dem Inlande.

Wenn nach dem Artikel der „N. L. C." der Vertreter der Hansestädte als Hauptgegner der Getreidezölle auftritt, so können wir nicht umhin, darauf aufmerksam zu machen, daß die Hansestädte garnicht zum Zollverein gehören und daß nach dem letzten Alinea des Art. 7 der Reichsverfassung bei der Beschlußnahme über Angelegenheiten, welche nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftliche sind, nur die Stimmen derjenigen Bundesstaaten gezählt werden, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist. Es ist demnach die Betheiligung des Vertreters der Hansestädte an der Tarifkommission nicht ein Ausfluß der Verfassung, sondern ein Ergebniß der Rücksichtnahme, welche die Gesammtheit der Binnenstaaten gegen Hamburg und Bremen ungeachtet der Zurückhaltung derselben von dem gemeinsamen deutschen Zollverein bereits genommen hat und nehmen wird. Wir glauben aber auch, von den Hansestädten eine gleiche landsmannschaftliche Rücksichtnahme auf die Interessen des übrigen Deutschlands erwarten zu dürfen.

Gestern Abend 8 Uhr fand im königlichen Schlosse zu Ehren Ihrer Kgl. Hoheit der Prinzessin Luise Marie von Preußen, die Berlin in den nächsten Tagen verläßt, eine Defilir-Cour statt, zu welcher sich eine zahlreiche Gesellschaft in den Königin Elisabeth-Kammern und den angrenzenden Räumen versammelt hatte. Den Beginn des festlichen Aktes bildete die Abschiedsbegrüßung der erlauchten Braut seitens der Mitglieder der königlichen Familie. Zu diesem Zweck hatten sich die in Berlin anwesenden Prinzen und Anverwandten des königlichen Hauses gegen 8 Uhr in der Braunschweigischen Kammer vereinigt und erwarteten dort die von den fürstlichen Eltern begleitete Braut.

Nach kurzer gegenseitiger Verabschiedung geleiteten die Eltern die hohe Verlobte durch den Schwedensaal nach dem Obelisznimmer, woselbst das diplomatische Korps Aufstellung genommen hatte. Die Hohen Herrschaften machten hier eine kurze Tournée und traten dann in das heraustretende Thronzimmer ein, in welchem für den gestrigen Abend ein Thronhimmel angebracht war. Umgeben von Ihren Eltern, nahm nunmehr Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Braut den ehrfurchtsvollen Gruß (salut du trone) der zur Abschiedscour erschienenen Personen entgegen, während das corps diplomatique das Obelisznimmer verließ und durch den Schweizersaal abtrat. An der Spitze der vor dem Thron Defilirenden befanden sich die sämmtlichen Damen, welche vorher in der anstoßenden Elisabethgallerie Aufstellung genommen hatten. Denselben folgten die Fürsten und Erzellenzen Herren, die Bevollmächtigten zum Bundesrath, die Generalmajors, Räthe erster Klasse und Kammerherren, die sich in der Elisabethwohnung versammelt hatten, denen die Mitglieder des Reichstages, die Räthe zweiter Klasse, die in ritterschaftlicher Uniform Erschienenen, die bis dahin im Elisabethsaal verblieben waren, und zum Schluß die Deputation der Offizierkorps, die aus dem Apollosaal und den anhängenden Gemächern heraustraten. Die ganze festlirende Gesellschaft nahm die Richtung nach dem Schweizersaal und zur Wendeltreppe hin. Vor dem Throne wurden zwei Verbeugungen gemacht, von denen die erste der Prinzessin Braut, die andere dem hohen Elternpaare galt, das bei dieser Gelegenheit, wie dies das Zeremoniell vorschreibt, von Seinem gesammten Hofstaat umgeben war, während die Leibpagen sich zu beiden Seiten des Thronhimmels hielten. Nach beendeten Defiliren, gegen 8½ Uhr, zogen sich Ihre Königlichen Hoheiten, die fürstlichen Eltern, mit der Prinzessin Braut, welcher Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl den Arm gab, unter Vortritt der Kammerherren Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Friedrich Karl, durch den Apollosaal in ihre Gemächer zurück.

Die **Zolltarif-Kommission** hat in ihrer letzten Sitzung am Mittwoch die Positionen der Eisenzölle im Wesentlichen berathen und zwar wurde ein Zoll von 50 ₰ per Zentner Roheisen, von 1 ℳ per Zentner Schienenzeilen und von 1½ ℳ per Zentner Stabeisen festgestellt. Die noch übrigen zu dieser Kategorie gehörigen Gegenstände, wie Maschineneisentheile u. s. w. werden in der auf heute anberaumten Sitzung voraussichtlich erledigt werden. Gestern fand keine Sitzung statt.

Gestern ist im Reichskanzler-Amt die Technische Deputation für Seeschiffahrt unter Vorsitz des Geh. Ober-Regierungsraths Dr. Rösing zur Berathung des Gesuchtes über die Havarie grosse zusammengetreten. Die Kommission beendigte die Generaldiskussion und erhielte den Regeln 1 bis 3 ihre Zustimmung. Die Berathungen werden etwa 8 bis 14 Tage in Anspruch nehmen.

Der Handelsminister hatte durch eine Zirkularverfügung vom 1. November v. J. den **Gewerbeschulen,** welche zu allgemeinen Bildungsanstalten mit neunjährigem Lehrgang und mit zwei fremden Sprachen umgestaltet werden, in Aussicht gestellt, daß ihre mit dem Reifezeugniß versehenen Abiturienten nach Absolvirung des akademischen Studiums zu den Staatsprüfungen auch im Hochbau und Bau-Ingenieurfach zugelassen werden sollen. Der Minister erklärt es nunmehr für erforderlich, die in den §§ 15 und 16 der Vorschriften über die Ausbildung und Prüfung für den Staatsdienst im Bau- und Maschinenfach enthaltenen Bestimmungen jenem Plane entsprechend zu ändern. Ebenso hat sich das Bedürfniß erwiesen, die für das zweite Examen gestellte Anforderung, wonach die mündliche Prüfung die Befähigung des Kandidaten für die besonderen Aufgaben des Verwaltungsdienstes feststellen und ihm zu diesem Zweck Gelegenheit geben soll, zu zeigen, inwieweit er sich Kenntnisse auf dem Gebiet der Jurisprudenz und der kameralistischen Wissenschaften zu eigen gemacht habe, auf die für das besondere Fach des Kandidaten wünschenswerthe Gesetzkunde einzuschränken. Demgemäß bestimmt der Minister, daß die gedachten Vorschriften vom 27. Juni 1876 folgende abgeänderte Fassung erhalten: Die Anstellung als Bau- oder Maschinenbeamter im höheren Staatsdienst setzt eine wissenschaftliche technische Ausbildung voraus, welche nach Ablegung der Reifeprüfung auf einem Gymnasium oder einer Real- resp. Gewerbeschule mit neunjährigem Lehrgang und zwei fremden Sprachen, durch ein vierjähriges akademisches Studium und durch zweijährige praktische Vorbildung zu erwerben ist und in zwei Staatsprüfungen nachgewiesen werden muß, von denen die erste nach Abschluß des akademischen Studiums, die zweite nach Abschluß der praktischen Vorbereitung abgelegt wird. Für die Maschinenbeamten wird die Entlassungsprüfung bei den nach dem Reorganisationsplan von 1870 eingerichteten Gewerbeschulen, sowie bei den durch besondere Verfügung bisher berechtigten Schulen der Ressorts und von den obengenannten Anstalten bis auf Weiteres noch gleichgestellt. § 10 der erwähnten Vorschriften erhält folgende Fassung: Die mündliche Prüfung soll außerdem dem Kandidaten eines jeden der drei Fächer Gelegenheit geben, zu zeigen, ob er sich mit der positiven, sein Fach betreffenden Gesetzgebung, also mit den bei Ausführung von Hochbauten oder von Straßen-, Eisenbahn-, Brücken- und Wasserbauten oder von Maschinenanlagen in Betracht kommenden rechtlichen Bestimmungen bekannt gemacht und sich die Fähigkeit erworben hat, dieselben bei der ihm gestellten Aufgabe zur Anwendung zu bringen.

In der heutigen (13.) Plenarsitzung des **Reichstages** sprach bei der 3. Berathung des Weltpostvertrages der Abg. Birger den Wunsch aus, daß die bei Abschluß des Pariser Vertrages abgefaßten Protokolle dem Reichstage vorgelegt werden müßten. Der Regierungskommissar Geh. Rath Günther wies darauf hin, daß es bisher nicht üblich gewesen, bei ähnlichen internationalen Verträgen die Protokolle vorzulegen; daß er im Uebrigen zu einer bestimmten Erklärung (der General-Postmeister Stephan ist krank) nicht ermächtigt sei. Nachdem dann dem genannten Vertrag mit den beiden Uebereinkommen, betreffend den Austausch von Briefen mit Werthangabe und von Postanweisungen, definitiv die verfassungsmäßige Genehmigung mit großer Mehrheit ertheilt war, folgte die erste Berathung des Etats nebst den beiden damit in Verbindung stehenden Gesetzentwürfen (Anleihegesetz und Grundsätze für Gesundheitsamt). Präsident des Reichskanzler-Amts Hofmann leitete die Berathung ein. Der Abschluß des Jahres 1877/78 hat ein Defizit von nur 11 Millionen (nicht 20 Millionen, wie angenommen war) ergeben. Betreffs des laufenden Etatsjahres 1878/79 ist anzunehmen, daß die vorgekommenen Ueberschreitungen (bei den Etats des Reichskanzler-Amts, Auswärtigen Amts, des Reichstages, Patentamts) derart durch Minderausgaben im Militäretat ꝛc. ausgeglichen werden, daß sich hier im Ganzen eine Minderausgabe von 4 Millionen Mark ergiebt. Bei den Zoll- und Verbrauchssteuern ist eine Mindereinnahme von 15,275,000 ℳ, bei der Wechselstempelsteuer eine solche von 550,000 ℳ, bei der Post- und Telegraphenverwaltung eine Mindereinnahme von 1,990,000 ℳ und bei der Eisenbahnverwaltung eine solche von ½ Million Mark zu erwarten. Im Ganzen wird sich voraussichtlich eine Mindereinnahme von etwa 10½ Millionen Mark ergeben. — Der wesentliche Unterschied des vorliegenden Etats von dem vorjährigen besteht darin, daß jetzt 14 Millionen Mark Matrikularbeiträge mehr angestellt sind. Indeß haben die verbündeten Regierungen die Absicht nicht aufgegeben, in dieser Session noch Vorlagen einzubringen, welche bestimmt sind, die Matrikularbeiträge zu beseitigen, resp. zu vermindern. Bei der Besprechung der deutschen Finanzminister in Heidelberg habe sich ergeben, daß alle Staaten erweiterten Anforderungen gegenüberstehen, daß die direkten Steuern schon bis zur möglichsten Höhe angespannt seien, und daß die eigenen Einnahmen des Reichs zu vermehren seien. Man hätte sich auch über die Prinzipien bestimmter Vorlagen verständigt. Letztere seien indeß noch nicht ausgearbeitet, weshalb er auf dieselben noch nicht eingehen könne. Er hoffe aber, daß eine Einigung darüber herbeigeführt werde und die Matrikularbeiträge, sowie sie im Etat augenblicklich erscheinen, keinen Platz behalten würden. Abg. v. Benda anerkennt, wie es auch der Präsident des Reichskanzler-Amts betont hatte, daß es sich nicht um ein vorübergehendes Defizit handle und daß, die dauernde Abhülfe nur auf dem Wege der indirekten Besteuerung gefunden werden könne. Die Frage der finanziellen Besserung sei seit dem Februar v. J. unter Mitwirkung der preußischen Regierung, indem die konstitutionellen Garantien gegeben seien, ihrem Ziele wesentlich näher gerückt. Nur solle man sich hüten, die finanziellen mit den wirthschaftlichen Fragen zu vermischen. Im Uebrigen betont dieser Abgeordnete die Nothwendigkeit größter Sparsamkeit im Allgemeinen; die Budgetkommission müsse sich nicht auf formelle Absetzungen beschränken, sondern auch materielle vornehmen. Namentlich sei mit den großen Bauten langsamer vorzugehen. Abg. Frhr. v. Minnigerode ging auf verschiedene Einzelheiten des Budgets wie des Einnahmetats ein. Im Allgemeinen aber betont er, daß dem Sanguinismus der letzten Jahre, den seine Partei immer bekämpft, durch die Thatsachen ein schlechter Zeugniß ausgestellt sei, und daß ebenmäßig die Chancen desselben für die Zukunft keineswegs als günstige erschienen. Die Finanzirung der letzten Jahre habe aber nur formelle Resultate erzielen und die wahre Sachlage verhüllen können. Die Reichsregierung habe auch seit Jahren ihre ernsten Bedenken gegen jene der Finanzirung keineswegs zurückgehalten. Mit Rücksicht auf die Situation im Reiche, den Einzelstaaten und den Gemeinden streben seine Freunde an eine energische Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs (Tabacks- (event. Monopol), Börsensteuer; Erhöhung und Einführung von Finanzzöllen). Abg. Richter (Hagen) bleibt dem gegenüber dabei stehen, daß die in den letzten Jahren befolgte Finanzpolitik sich durchaus bewährt habe, das bewiese schon das heutige Exposé des Präsidenten des Reichskanzler-Amts. Er hofft, daß auch das Defizit für das jetzt ablaufende Jahr sich noch auf weniger als 11 Millionen Mark belaufen werde. Auch ohne die Einsetzung der qu. 14 Millionen Mark Mehr an Matrikularbeiträgen werde der Budgetkommission es schon gelingen, den Etat zu bilanziren. Er seinerseits habe übrigens sich nie darauf beschränkt, in der Budgetkommission lediglich formelle Anträge zu beantragen, sei aber mit materiellen Anträgen immer in der Minorität geblieben. Im Uebrigen sucht er an verschiedenen Positionen des Etats nachzuweisen, in welcher Richtung die Herabminderung der Matrikularbeiträge um 14 Millionen zu erreichen sei. Letztere seien übrigens im Jahre 1869 noch höher gewesen als jetzt. Außerdem dürfe man nie vergessen, daß die Einzelstaaten seiner Zeit aus den Milliarden sehr erkleckliche Beträge empfangen hatten. Der Druck der Matrikularbeiträge auf die Einzelstaaten werde zudem vielfach überschätzt. Bei einer eventuellen Steuerreform müsse man vor Allem darauf bedacht sein, sichere Einnahmen aus dem Spiritus zu erzielen. Wenn die Verhältnisse wieder normal würden, stünde eine sichere Vermehrung der Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern mit 10 pCt. sicher zu erwarten, mithin eine Mehreinnahme von 25 Millionen. Den Tabacksteuerprojekten, ebenso der Besteuerung des Petroleums gegenüber werde sich seine Partei entschieden ablehnend verhalten. Man bekämpfe die Matrikularbeiträge und erstrebe Ueberschüsse, welche das Reich an die Einzelstaaten zu liefern habe, und doch hätten gerade die Ueberschüsse für die Finanzwirthschaft der Einzelstaaten thatsächlich noch größere Bedenken, als jetzt die Zuschüsse. Im Ganzen sei das bestehende Steuersystem das richtige; seine Partei werde sich jedem Versuche einer Reform, welche die Mehrbelastung der Besitzlosen und die Entlastung der Besitzenden zum Zielpunkte habe (Oho!), mit Bestimmtheit widersetzen. Demnächst kommt der Abg. Richter auf die intendirte Wirthschafts- und Handelspolitik, die er von seinem Standpunkte aus bei Schluß der Redaktion in bekannter Manier be- und verurtheilt.

Rundschau im Auslande.

Die **österreichisch-ungarischen** Delegationen, welche gestern zur Bewilligung der Okkupationskosten in Pest wieder zusammentreten sollten, werden kaum umhin können, von den jüngsten Vorgängen an der serbischen Grenze bei Vranja Notiz zu nehmen, welche nicht nur einen flagranten Bruch des Berliner Vertrages seitens einer der Pforte direkt unterworfenen Völkerschaft darstellen, sondern zugleich auch einen eklatanten Beweis von der mangelnden Autorität der türkischen Regierung in jenen Landestheilen liefern. Die Gegend bei Vranja ist von Skopia Jskub 8, von Pristina 10, von Mitrovitza kaum 16 deutsche Meilen entfernt, an allen drei Punkten, welche durch Heerstraße und Eisenbahn untereinander und durch Straßen mit Vranja in Verbindung stehen, befinden sich notorisch stärkere türkische Truppenabtheilungen, namentlich bei Mitrovitza soll seit einiger Zeit eine Anhäufung von Truppen und Kriegsmaterial stattfinden. Der Einbruch der Arnauten in das serbische Gebiet hat sich mithin unter Konnivenz, jedenfalls unter Geschehenlassen nicht der türkischen Zentralregierung, wohl aber der betreffenden Provinzialbehörden vollzogen, welche über die Ansammlung von 3000 Arnauten mindestens so gut unterrichtet sein mußten, wie die serbische Regierung es im Voraus thatsächlich gewesen ist. Für Oesterreich-Ungarn ist die Frage insofern keine gleichgültige, als durch diesen Vorgang das Vorhandensein eines Heeres südlich von Mitrovitza, an der Straße nach Salonichi, konstatirt wird, welches gleichsam einen Staat im Staate der Türkei bildet. Die eventuell nach Mitrovitza und weiter vorgehenden österreichisch-ungarischen Truppen könnten sich somit plötzlich einer Armee und einer Bevölkerung gegenübersehen, für welche, den Landsknechtsgeschwadern des Mittelalters nicht unähnlich, Niemand die politische Verantwortlichkeit trägt, und die sich dadurch als ein sehr ernster Faktor der dauernden Beunruhigung jener Länder erweisen dürfte. Von diesem Gesichtspunkte aus gewinnen die Vorgänge bei Vranja weiteres Interesse, selbst wenn die serbische Regierung sich jenen albanischen Flibustiern gegenüber auf eine rein defensive Haltung beschränken sollte.

Wir knüpfen hieran die folgenden Telegramme der Wiener „Deutschen Zeitung":

Belgrad, 26. Februar. Wegen der ehevorgestrigen blutigen Affaire bei Vranja wurde auf telegraphischen Befehl des Fürsten aus Nisch vom serbischen Auswärtigen Amte sofort auf telegraphischem Wege eine kategorische Intervellation an die Pforte gerichtet. Dieselbe telegraphirte zurück, daß ihr von der Angelegenheit noch nichts bekannt sei. Der Depeschenwechsel dauert fort. Die Aufregung ist hier groß.

Nisch, 26. Februar. Ueber den am 23. ds. stattgefundenen Einbruch einer Abtheilung des Heeres der Albanesischen Liga in serbisches Gebiet sind heute Details bekannt geworden. Danach war schon seit mehreren Tagen den serbischen Militärkommandanten in Vranja und Kurschumlje durch Kundschafter und durch vertrauliche Mittheilung daselbst wohnhafter Arnauten bekannt geworden, daß seitens der Albanesischen Liga ein Einfall auf serbisches Gebiet geplant werde. Die Kommandanten trafen sofort ihre Vorbereitungen dagegen und konzentrirten in aller Stille an geeigneten Stellen sechs Bataillone Militärtruppen, welche durch mehrere Tage in Bereitschaft standen. In der That erfolgte der Einbruch der Arnauten am Sonntag den 23. d. an drei Stellen, und zwar bei Popovo und Letovce im Kreise von Vranja und bei dem Städtchen Elfanko im Kreise von Kurschumlje. (Also aus der Gegend von Mitrovitza herl D. Red.) Die Arnauten waren gut bewaffnet, reichlich mit Munition versehen und gingen mit wilder Tapferkeit vor. Die Serben hatten gute Stellungen für sich, und da sie außer sechs Milizbataillonen auch die bewaffnete Bevölkerung in's Gefecht führten, so waren sie auch an Zahl den beiläufig 3000 Mann zählenden Arnautenbanden überlegen. Daraus erklärt sich der verhältnißmäßig große Verlust der Arnauten gegenüber den geringen der Serben. Gefangene sagen aus, daß die arnautische Expedition den Zweck hatte, sengend und brennend die reichen Kreise von Vranja und Kurschumlje zu durchziehen, die daselbst seßhaften Arnauten und Moslims für ihre Sache zu gewinnen und vereint in den Pirscher Kreis einzufallen. Der Fürst hat eine Verstärkung des Grenzkordons angeordnet, da die zurückgetriebenen Arnautenschaaren unweit der Grenze Posto gefaßt haben sollen.

Die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, stellt sich der ganze Freibeuterzug als ein bewaffneter Protest gegen den Berliner Vertrag dar, der gewissermaßen das Augenmerk der Mächte, namentlich der nächstbetheiligten, auf jene Gegend zu lenken geeignet sein dürften, zumal die Pforte ihnen gegenüber die Weigerung Konzessionen an Griechenland zu machen, gleichfalls mit „den Albanesen" motivirt, deren sie sich als eine Art Knecht Ruprecht bedienen zu wollen scheint.

Aus Cettinje wird berichtet, daß daselbst eine Anzahl mohammedanischer Begs aus der Gegend von Podgoritza eingetroffen sei, um dem Fürsten zu huldigen. Ein anderes Telegramm besagt:

In Zara wird ein montenegrinisches Konsulat errichtet. Die Auswanderung wohlhabender Mohammedaner aus Podgoritza, Spuz und Jabljak dauert an; dagegen erfolgt eine zahlreiche Einwanderung von katholischen Kaufleuten aus Scutari nach Montenegro. Dieselben lassen sich größtentheils in den Handelsplätzen Danilovgrad, Rieka und Antivari nieder.

Bezüglich des Excesses der **Bulgaren** in Adrianopel meldet die „Pol. Corr.":

„Die Bulgaren beschuldigen den griechischen Metropoliten, sie dadurch irregeführt zu haben, daß er sie veranlaßt habe, eine Petition angeblich zu Gunsten der Fortdauer der russischen Okkupation zu unterschreiben, während in Wirklichkeit die betreffende Petition an die Pforte um Veranlassung einer Beschleunigung des Abmarsches der Russen gerichtet war. Sowohl der schwer verwundete griechische Metropolit, wie auch die anderen mißhandelten Griechen befinden sich außer Lebensgefahr.

Diese letztere Nachricht ist älter als die Sensationsdepesche des „Standard", wonach der Metropolit gestorben sei und 3000 Griechen aus Konstantinopel sich zu seinem Begräbniß begeben wollten.

Der Telegraph überbrachte uns gestern eine Aeußerung des **französischen** Herrn Ministerpräsidenten an eine Deputation aus der Normandie. Es heißt darin: „die Regierung sei fest entschlossen, die Aera der Diskussion sobald als möglich zu schließen und zum Handeln überzugehen. Der Amnestiegesetz-Entwurf sei das letzte Wort der Regierung. Die Regierung werde ferner jedem Antrage auf Vertagung der Minister vom 16. Mai in den Anklagestand entgegentreten. Wenn diese Fragen erledigt sein würden, so würden sich die Kammern mit der wirthschaftlichen Frage zu beschäftigen haben." Seitdem ist mitgetheilt worden, daß auch Herr Gambetta von der Erhebung der Anklage nichts wissen wolle und „Figaro" endlich behauptet, Marschall Mac-Mahon habe in aller Form erklärt, daß wenn das Kabinet vom 16. Mai in Anklagezustand versetzt werden solle, er inmitten desselben auf der Anklagebank Platz nehmen werde. Nachdem soll dann auch von Seiten des Herrn Grevy die Andeutung gefallen sein, daß ein auf Erhebung der Anklage lautender Beschluß der Kammer eine neue präsidentielle Krisis zur Folge haben würde, und damit dürfte diese Angelegenheit als erledigt zu betrachten sein. Demungeachtet läßt die „Republique française" es sich angelegen sein, dem Ministerium fast einen Tag um den anderen ein Avis zu geben. In einem der letzten desfallsigen Artikel hieß es:

Es handelt sich heute darum, die Prinzipien der Republik anzuwenden, und für diese Anwendung wollen wir nicht, wie man es nur zu oft gethan, die Regierung im Zustande der mehr oder minder deklarirten Gegnerschaft erhalten; wir betrachten sie als einen Faktor, als einen unumgänglichen Verbündeten.

Dies vorausgeschickt, wird man begreifen, daß unser Beistand im Vorhinein jedem Kabinet gesichert ist, welches wie wir die Republik mit ihren Prinzipien und ihren Konsequenzen will, und daß wir auch dahin gelangt sind, die parlamentarische Majorität für die Unterstützung jedes Ministeriums zu verpflichten, welches entschlossen ist, vorwärts zu marschiren, denn — es ist nöthig, daß man es wisse — mit der Politik des Widerstandes gegen den Nationalwillen ist es vorbei."

Pariser Blätter veröffentlichen den Wortlaut des Schreibens, mit welchem Herr Grévy dem Könige von Portugal seinen Amtsantritt notifizirt hat und welches vom allgemeinerem Interesse sein dürfte, es es mit den an die übrigen Souveraine gerichteten Notifikationen jedenfalls im Wesentlichen identisch ist. Dasselbe lautet:

Jules Grévy,
Präsident der französischen Republik.
An Seine Majestät den König von Portugal und Algarbien.

Sehr lieber und großer Freund!

Nachdem der Herr Marschall de Mac-Mahon, Herzog von Magenta, am letzten 30. Januar auf seine Gewalten verzichtet hat, sind der Senat und die Deputirtenkammer an dem nämlichen Tage zur Nationalversammlung zusammengetreten, und ich bin zum Präsidenten der französischen Republik erwählt und proklamirt worden. Indem ich das höchste Amt meines Landes annehme, bin ich von den Pflichten durchdrungen, welche es mir auferlegt, und ich weiß, daß ich, um dem Vertrauen meiner Mitbürger sowie meinen eigenen Wünschen zu entsprechen, alle meine Sorge darauf richten muß, die guten Beziehungen zu befestigen und zu erhalten, welche Frankreich mit den fremden Mächten verbinden, um so zur Befestigung des allgemeinen Friedens beizutragen. Ich werde glücklich sein, diese hohe Mission in Eintracht mit Eurer Majestät zu erfüllen, und ich werde es mir angelegen sein lassen, die Freundschaftsbande zwischen unseren beiden Ländern enger zu knüpfen.

Ich wage von Seiten Eurer Majestät die Erwiderung meiner Gesinnungen zu erhoffen, und in dieser Ueberzeugung bitte ich, die Versicherungen meiner hohen Wertschätzung (estime) zu genehmigen.

Geschrieben zu Paris, den 2. Februar 1879.

Jules Grévy.
Waddington."

Zur Pestepidemie wird heute gemeldet:

Petersburg, Freitag 28. Februar, Morgens. (W. L. B.) Das „Journal de St. Pétersbourg" veröffentlicht den Bericht des Medizinalrathes über den diesjährigen angeblichen Pestfall. In demselben wird hervorgehoben, daß nach der eingehendsten Untersuchung als unzweifelhaft konstatirt worden ist, daß die bei dem Kranken beobachteten Beulen typhöselitische Geschwüre ohne irgend ein Symptom der Pest sind. Die in das Observationslokal über-